

# «Behinderte passen nicht mehr ins Konzept»

Wer nicht leistungsfähig ist, hat auf dem Arbeitsmarkt kaum eine Chance. Deshalb wächst die Zahl der IV-Rentner. Was tun Politiker im eigenen Betrieb, um die Integration zu fördern?

Von **Beat Bühlmann**

Auch Transportunternehmer Ulrich Giezendanner hat ein Herz. Auf eigene Kosten stattete er einen seiner Lastwagen mit einem luftgefederten Sitz aus. So ermöglicht er einem Förster, der wegen eines schweren Rückenleidens den angestammten Beruf aufgeben musste, für ihn als Chauffeur zu arbeiten. «Das hat sich auszahlt, denn er ist ein zuverlässiger Mann», sagt Giezendanner. Der SVP-Nationalrat hat auch mehrfach versucht, Suchtkranke in seinem Betrieb zu integrieren, allerdings mit unterschiedlichem Erfolg. Heute sind 3 seiner 120 Angestellten behindert.

## Eingliederung findet nicht statt

Dass Behinderte beschäftigt werden, ist keineswegs selbstverständlich. Nur acht Prozent aller Betriebe, so ergab eine Untersuchung der Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz, beschäftigten überhaupt eine Person «mit einer Funktions- oder Aktivitätseinschränkung»; bei den Kleinbetrieben (mit weniger als 50 Angestellten) sind es sogar nur sechs Prozent. Insgesamt sind gemäss dieser Hochrechnung etwa 27 000 behinderte Personen in Schweizer Betrieben angestellt. Das ergibt einen höchst bescheidenen Anteil von 0,8 Prozent aller Erwerbstätigen im primären Arbeitsmarkt. Die Eingliederung, das oberste Ziel der Invalidenversicherung, findet nur noch in Einzelfällen statt.

Das belegt auch eine Umfrage unter jenen Bundesparlamentariern, die selber unternehmerische Verantwortung tragen. «Behinderte passen leider nicht mehr ins Konzept», sagt FDP-Nationalrat Edi Engelberger, der in Stans ein Druckzentrum mit 85 Angestellten leitet. Zurzeit führt das Familienunternehmen keinen Behinderten auf der Lohnliste. Bei Otto's, einem Detailhandelsunternehmen mit landesweit 1200 Angestellten, finden gemäss Verwaltungsratspräsident Otto Ineichen (FDP, LU) «vielleicht 15 Personen» mit Behinderung ein Auskommen. Im Bauunternehmen von Werner Messmer (FDP, TG) sind es 2 von gut 30 Angestellten, in der Privatschule von Gerhard Pfister (CVP, ZG) 3 von 50 Angestellten. «Das ist ökonomisch gut zu verkraften», sagt Pfister.

Bei der Bauunternehmung AG Franz Mürer in Beckenried, mit der Nidwaldner CVP-Ständerätin Marianne Slongo-Albrecht als Hauptaktionärin, findet sich unter den rund 80 Beschäftigten kein Mitarbeiter mit einer Behinderung. Da die verstorbene Schwiegermutter auf den Rollstuhl angewiesen war, habe die Firma jedoch, den Zugang zum Verwaltungsgebäude behindertengerecht nachgerüstet, erklärt Slongo. Auf den Baustellen sei es aus Sicherheitsgründen nicht möglich, Behinderte zu integrieren. «Hingegen könnte ich mir eine Teil- oder Wiedereingliederung in der Administration, Kalkulation oder in der Logistik vorstellen.» Es gelte, den jeweiligen Einzelfall zu prüfen.

## Im Akkord arbeiten

Alle befragten Parlamentarier sind sich durchaus bewusst, dass nur eine bessere Integration der hoch defizitären Invalidenversicherung wieder auf die Beine helfen kann. Doch im hart umkämpften Wettbewerb, der keine Rücksichtnahme zulässt, gebe es wenig unternehmerischen Spielraum für die Wiedereingliederung, hiess es unisono. Früher habe der Polier kleine Gruppen mit acht bis zehn Leuten auf den Bauplatz geführt, sagt Werner

Messmer, der Präsident des Baumeisterverbandes. So sei ein schwächerer Mitarbeiter eher tragbar gewesen. Heute jedoch, da kleine, auf Effizienz getrimmte Gruppen zum Einsatz kämen oder Akkordequipes beigezogen würden, seien umständliche Handlanger nicht mehr gefragt. «Da muss alles rassig gehen», sagt Messmer. Trotzdem will er weiterhin Behinderte beschäftigen.

Auch der Drucker Edi Engelberger bedauert diese soziale Härte. Er habe immer versucht, langjährige Mitarbeiter mit gesundheitlichen Problemen im Betrieb zu halten, sagt der Seniorchef. «Doch das können wir uns inzwischen fast nicht mehr leisten.» Auch innerhalb des Betriebes habe man nicht mehr so viel Verständnis wie früher. Was ist zu tun? Engelberger, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, sträubt sich gegen staatliche Eingriffe. «Quoten und steuerliche Abzüge lehnen wir aus ordnungspolitischen Gründen ab.» Es brauche wieder Patrons, die ein «Gspüri» für soziale Verantwortung haben, sagt Edi Engelberger.

## Anreize sind gefährlich

Das wird kaum genügen, um den Trend auf dem Arbeitsmarkt zu kehren. Der Bundesrat, der die Zahl der Neurentner um 10 Prozent reduzieren will, schlägt deshalb

im Entwurf zur 5. IV-Revision vor, die Anreize für die Integration zu stärken. Auch die Behindertenorganisationen möchten die Arbeitgeber stärker für die Eingliederung motivieren (siehe Kasten). Die Unternehmer reagieren darauf eher zurückhaltend. Anreize seien etwas gefährlich, sagen der Baumeister Messmer wie der Fuhrhalter Giezendanner. «Das führt nur zu Missbrauch», glaubt der Aargauer SVP-Nationalrat. Von Steuererleichterungen wollen sie schon gar nichts wissen. Viel wichtiger sei, die Unternehmer besser zu informieren und ihnen «die Ängste zu nehmen», rät Giezendanner.

Nötig sei vor allem, den Invaliden eine Mitwirkungspflicht aufzuerlegen, verlangt Otto Ineichen. «Denn der Leistungswille ist entscheidend für die Integration.» Auch Lohnkürzungen seien in Kauf zu nehmen. Dass Lohnebüssen durch eine Teilrente der IV gedeckt werden könnten, sei hingegen vernünftig, sagen die meisten Unternehmer. Davon profitieren auch Behinderte im Betrieb von SVP-Nationalrat Hansruedi Wandfluh. Dennoch sei Integration nur beschränkt möglich. «Es ist illusorisch zu glauben, wir könnten die Behinderten im grossen Stil eingliedern», sagt Wandfluh. Man könne verantwortliches Handeln nicht gesetzlich vorschreiben, findet der Zuger Schulleiter Gerhard Pfister ein. «Doch gewisse Anreize wären durchaus sinnvoll, um jene Arbeitgeber zu belohnen, die sich um die Integration kümmern.»

# Braucht es Quoten, um die Eingliederung zu fördern?

Bern. – Sollen auch in der Schweiz, wie in den Nachbarstaaten üblich, Behinderterquoten eingeführt werden? Und somit jene Betriebe, die sich nicht daran halten, mit einem Malus-Beitrag von beispielsweise 500 Franken monatlich pro Nichtanstellung bestraft werden?

Selbst die DOK, die Dachorganisation der Behinderten, ist eher skeptisch. Die Wirksamkeit eines Bonus-Malus-Systems sei schwierig einzuschätzen, heisst es in einem aktuellen Arbeitspapier. Immerhin sei die Quote der beschäftigten Behinderten in den Nachbarstaaten höher als in der Schweiz. Wichtig wäre eine klare Abgrenzung, damit die Arbeitgeber nicht in Versuchung gerieten, leistungsschwache Arbeitnehmer neu als

«Behinderte» zu definieren. Zudem bestehe die Gefahr, dass solche Personen als «Quotenbehinderte» stigmatisiert würden, sagt Georges Pestalozzi von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft zur Eingliederung Behinderter.

## Den Arbeitgebern beistehen

Da die politischen Chancen für ein solches Modell ohnehin als gering einzustufen sind, setzen die Behindertenorganisationen lieber auf Eingliederungsmassnahmen, die mit den bestehenden Gesetzen möglich sind. Zum einen könnten Arbeitgeber, die Behinderte einstellen oder Leistungsschwache nicht entlassen, besser beraten und begleitet wer-

den. Beim Berner Job-Coaching-Projekt etwa werden psychisch behinderte Angestellte von aussen stehenden Experten begleitet und die Unternehmen somit bei Krisen entlastet. Oder sie werden während der Einarbeitungszeit von einer privaten Organisation an das Unternehmen ausgeliehen, sodass das Risiko für den Arbeitgeber vermindert wird.

Zum anderen könnten für die Anlernzeit «Einarbeitungszuschüsse» für die Dauer von 180 Tagen (oder bis maximal einem Jahr) gewährt werden. Der Erlass von Sozialversicherungsbeiträgen, wie das die CVP fördert, habe hingegen für sich allein «kaum eine entscheidende Wirkung» auf die Einstellung behinderter Personen, glaubt die DOK. (bm.)



Otto Ineichen

Marianne Slongo

Edi Engelberger

Werner Messmer

FDP

CVP

FDP

FDP

Detailhandel

Bauunternehmen

Druckzentrum

Bauunternehmen

1200 Angestellte

80 Angestellte

35 Angestellte

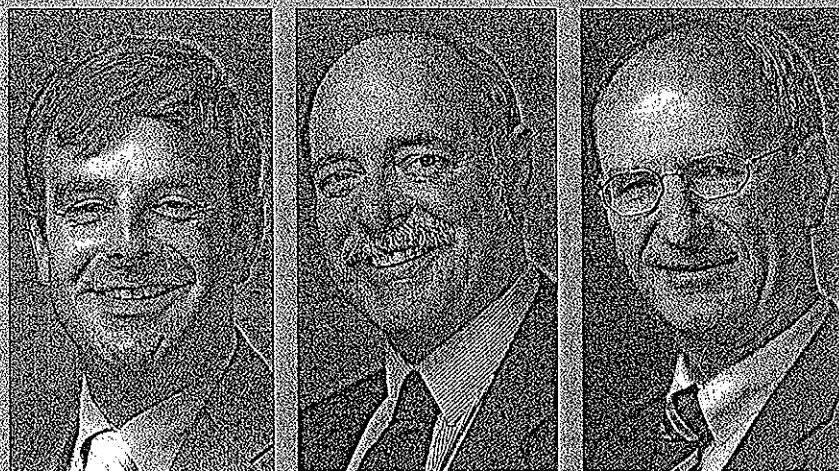
30 bis 40 Angestellte

15 Behinderte

keine Behinderten

keine Behinderten

2 Behinderte



Gerhard Pfister

Ulrich Giezendanner

Hansruedi Wandfluh

CVP

SVP

SVP

Privatschule

Transportunternehmen

Hydraulik/Elektronik

50 Angestellte

120 Angestellte

250 Angestellte

3 Behinderte

3 Behinderte

4 bis 5 Behinderte